

# Mehrheitliches Plädoyer für ein umstrittenes Frauenrecht

Von CORINNA FRICKE und BRIGITTE BOECK

Ein Thema war seit Bekanntwerden des deutsch-deutschen Vereinigungsstrebens nicht mehr aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Was wird aus der DDR-Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch? Erhält mit dem BRD-Gesetzwerk, das übernommen wird, auch der § 218 bei uns Gültigkeit? Die Medien widmeten sich diesem Thema, Tausende Frauen und Männer beteiligten sich an Demonstrationen und Unterschriftensammlungen. 101 506 sprachen sich bislang für eine Fristenregelung, 25 317 dagegen aus. Von diesen Zahlen sprach gestern Familien- und Frauenministerin Dr. Christa Schmidt (CDU) in einer aktuellen Stunde der Volkskammer zum Thema Fristenregelung, die die PDS-Fraktion seit längerem gefordert hatte.

Im Gegensatz zu anderen Par-

lamentsdebatten ging es in der mehrheitlich von Frauen besetzten Stunde sachlich und fair zu. Und letztlich war ausgesprochen, wie die Parteien zu diesem heiklen Eisen stehen. Zu Beginn mahnte Brigitte Zschoche für die PDS-Fraktion „im Interesse der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ein grundlegendes Menschenrecht an — das Recht auf Selbstbestimmung der Frauen“. Zwar hätten sich die Regierungsparteien in ihrer Koalitionsvereinbarung für die Beibehaltung der Fristenregelung ausgesprochen, aber bereits in der Regierungserklärung war ein ebenso eindeutiges Bekenntnis nicht mehr enthalten. Im zweiten Staatsvertrag müsse dieses Recht verankert sein. Die Übernahme des § 218, nach dem ein Abbruch erst nach einer vom Arzt bestätigten medizinischen oder sozia-

len Notlage möglich ist, aber ansonsten unter Strafe steht, lehnt bekanntlich die Mehrheit der DDR-Bürgerinnen ab. Ein Überstülpen des § 218 würde den DDR-Frauen das Recht der selbstverantworteten Mutterschaft entziehen, käme einer Diskriminierung gleich und würde erneut die Gefahr lebensbedrohlicher Kurpfuscherei in sich bergen, so die Abgeordnete.

Die Forderung nach der Beibehaltung der selbstbestimmten Mutterschaft in der DDR, schließt nicht aus, die seit 1972 geltende Fristenregelung zu modifizieren. Weder die Vertreterinnen von Bündnis 90/Grüne, den Liberalen, DBD/DFD, noch SPD und PDS wollen die DDR-Lösung leichtfertig angewandt wissen. Sie stimmen darin überein, daß über eine ungewollte Schwangerschaft weiterhin letztlich die Frau entschei-

det. Vielschichtiger und gründlicher als bisher muß der Staat sorgen für frühzeitige Aufklärung, freiwillige Beratung, kostenlose Verhütungsmittel, Aufwertung der Familie, soziale und materielle Fürsorge für Eltern und Alleinerziehende. Alles in allem ein Plädoyer für ein kinder- und frauenfreundliches Land, das, so Marianne Birthler (Bündnis 90/Grüne), „keine Sorge, meine Herren, automatisch auch ein männerfreundliches“ wäre.

Gegen Schwangerschaftsabbruch überhaupt, für den Schutz des ungeborenen Lebens (wann es beginnt, ist strittig) setzte sich DSU-Abgeordnete Landgraf ein. Sie sprach im Zusammenhang mit dem Schwangerschaftsabbruch auch von Mord und vorsätzlicher Tötung aus niederen Beweggründen. Die Frage von Marlies Deneke (PDS), ob dann

nicht der § 218 auch Mord bedeute, unter anderen Voraussetzungen, blieb unbeantwortet... Diskutiert wurden außerdem Fragen wie: Ethos der Frauenärzte, Vorrangiger Schutz des geborenen Lebens, Kostenbeteiligung der Betroffenen, möglicher Abtreibungstourismus (Sollen unsere Kliniken zu Schlachthöfen für die ungeborenen Kinder von ganz Deutschland werden? CDU/DA).

Ministerin Schmidt, die für das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper eintritt, plädierte für eine Übergangslösung im Vereinigungsprozeß, die bis zu einer akzeptablen Regelung für ganz Deutschland gelten solle. Der § 218 habe nie in seiner fast hundertzwanzigjährigen Geschichte Frauen davon abhalten können, eine ungewollte Schwangerschaft zu beenden.

## HBV: Konzeptionslosigkeit im Handelsministerium

Mit einem Lieferwagen voller Fleisch und Wurst begab sich am Donnerstag Günter Weiß, 1. Geschäftsführer der Fleisch GmbH Berlin, auf Angebotstour zu Kaufhallen Berlins und Bernaus. Er nutzte dazu die Informationsfahrt der Handelsministerin Sybille Reider, um seine Waren anzupreisen. Es war beinahe eine Verzweiflungstour, denn die Abnahme durch den Handel war bei Fleisch von täglich 130 Tonnen auf 30 bis 40 und bei Wurst von 90 auf 15 bis 20 Tonnen zurückgegangen. Demzufolge wurde auch die Schlachtung von wöchentlich 12 000 Schweinen auf 2000 gedrosselt. Erfreulicherweise hatte nun einer der Vertragspartner, die Konsum-Schwester Rewe, auf die Probleme reagiert und 300 Tonnen bestellt.

In der HOFKA-Verkaufsstelle Greifswalder Straße ein erregter Disput zwischen Günter Weiß, der bisher diese Halle belieferte, und dem Geschäftsführer der Handeldeskte, Hans Hugo Lavallee. Alle Verkaufseinrichtungen der HOFKA erhalten ihre Fleisch- und Wurstwaren aus der Scharfheider Fabrik Britz. Das sei der einzige Vertragspartner, so Hugo Lavallee. Nicht termingerechte Lieferungen aber führten zu leeren Ständen, wie aufgeregte Kunden bestätigten. Doch HOFKA läßt keinen anderen Partner zu, obwohl die Berliner Fleischfabrik jederzeit sofort lieferfähig wäre. Günter Weiß trotzte dem HOFKA-Chef zumindest eine Diskussions-

runde ab. Dieser hatte gemeinsam mit Konsum-Chef Fahrenkrog am Vormittag seine Sorgen Ministerpräsident Lothar de Maiziere geklagt. Fazit laut ADN: Die DDR-Betriebe müßten sich aktiv um Verkauf und Angebot ihrer Waren bemühen.

In den Bernauer Kaufhallen Karl-Marx-Straße (HO) und Hermann-Duncker-Straße (Konsum) das nun schon fast überall bekannte Bild: nicht viel mehr als zehn Prozent DDR-Waren. Das Fleischangebot reicht nach Menge und Qualität nicht aus. Lieferert ist die Konsumfleischfabrik Prenzlauer Berg. Große Unsicherheiten in der Preisfestlegung durch Edeka und Konsum-Vorstand machten die Arbeit schwer, sagte Christine Scharf, stellvertretende Leiterin der Konsum-Kaufhalle. „Wir müssen in das Getriebe eingreifen und Produktion und Handel wieder zusammenführen“, so die Ministerin zum Abschluß.

Indessen stößt die Handelspolitik der Regierung auf scharfe Kritik beim Handel selbst. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat für heute zu landesweiten Protestaktionen aufgerufen. Der HBV-Vorsitzende Dr. Joachim Wegrad betonte, daß er sich nicht gegen notwendige Strukturveränderungen stelle, doch müßten diese durchdacht und mit der Gewerkschaft abgesprochen sein. Er warf der Handelsministerin Konzeptionslosigkeit vor.

ROSI BLASCHKE

## Sexgeflüster in der Bahnhofstraße 66



Adams Ansturm auf den ersten Sexshop in der Cottbusser Bahnhofstraße 66. Die einzige Eva scheint unberührt von männlichem Sexgeflüster und diversen Pornoariteln Foto: ADN/Weißflug

## DIHT: Harte Jahre für die DDR

Düsseldorf (ADN). Die DDR braucht nach Auffassung des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Hans Peter Sühli, noch mindestens zehn Jahre, bevor sie die Parität mit der BRD erreicht. In einem am Donnerstag vom Düsseldorfer „Handelsblatt“ veröffentlichten Gespräch sagte er, dieser Zeitraum sei auch nur unter der Bedingung realistisch, daß die Marktwirtschaft ohne Einschränkungen eingeführt und die Strukturprobleme nicht durch gesetzliche Regelungen konserviert würden. „Das bedeutet aber auch, daß die DDR durch eine Periode der Arbeitslosigkeit hindurch muß, daß für die nächsten Jahre das Lohn- und Gehaltsniveau der Bundesrepublik unerreichtbar ist.“ Dieser harte Prozeß sei unausweichlich. Man müsse für eine sozialverträgliche Abfederung sorgen, „doch sind Bestandsschutz und Subventionen nur die qualitative Verlängerung der Anpassungszeit, hemmen sie doch den Zufluß von Kapital und dämpfen die Investitionsneigung“.

Bonn (ADN). Nur jeder vierte Bundesbürger erwartet ein neues Wirtschaftswunder auf dem Gebiet der heutigen DDR. Das ergab eine Umfrage unter 7000 Bundesbürgern. Mehr als die Hälfte der Befragten geht dagegen davon aus, daß es zehn und mehr Jahre dauern wird, bis im Osten Deutschlands das gleiche wirtschaftliche und soziale Niveau wie im Westen erreicht sein wird.

## Einbrecher haben Hochkonjunktur

Potsdam (ADN/ND). Goldschmuck im Werte von etwa 25 000 DM haben am Mittwoch in Oranienburg unbekannte Einbrecher entwendet. Sie waren am helllichten Tag in ein Einfamilienhaus eingedrungen und entwendeten eine Kassetten, in der sich goldene Ketten, Ringe und Ohrhinge befanden. Die Hausbewohner hatten ihr Domizil zu einem kurzen Bummel verlassen.

In Potsdam Innenstadt schlugen am gleichen Tag Taschendiebe fünfmal zu und entwendeten aus Handtaschen Geldbörsen mit insgesamt über 2000 DM. Eine böse Überraschung erlebte auch ein 24jähriger BRD-Bürger auf einem Potsdamer Parkplatz, als er seinen gesichert abgestellten PKW Marke Honda nicht mehr vorfand. Auch in diesem Fall wird von der Polizei noch nach den Tätern gefahndet.

Mit rund 1500 Einbruchsdiebstählen verzeichnet das Potsdamer Bezirkskriminalamt im ersten Halbjahr 1990 ein bedenkliches Plus von fast 50 Prozent im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

## Presseecho: Houston war Fehlstart in die neue Zeit

Berlin (ND). Als „Fehlstart in die neue Zeit“ beschreibt die „Frankfurter Rundschau“ den Wirtschaftsgipfel der sieben stärksten kapitalistischen Industriestaaten. „Offensichtlich ist der Abschied vom ‚kalten Krieg‘ im Westen noch zu uneinheitlich vollzogen, als daß die Regierungen sich geschlossen den Herausforderungen der neuen Zeit zuwenden könnten.“

Eine solche Herausforderung hieß in Texas vor allem „Finanzhilfe für die UdSSR“. Zwar wurde, laut „Japan Times“, zum erstenmal „die bisher beständige Erwähnung einer ‚sowjetischen Bedrohung‘ in den Hintergrund

gedrängt“, aber — wie die „Allgemeine Zeitung“ (Mainz) schreibt — „die sieben auf dem Wirtschaftsgipfel, zusammengekommen Staatschefs taten sich schwer, aus den Niederungen taktischer Vorbehalte und kommerzieller Interessen aufzusteigen zu den Höhen zukunftsweisender Perspektiven“.

In den Chor der Unzufriedenen reißt sich die konservative Wiener Zeitung „Die Presse“ ein: „Als Resultat des Gipfeltreffens blieb die allgemeine Zustimmung zur Liberalisierungspolitik Moskaus, den Beschluß zur Erstellung von Wirtschaftsstudien über die

Sowjetunion und einen Aufruf zur Erhaltung von Biotopen zu lesen ist frustrierend.“

Auch „La Libre Belgique“ kritisiert das fehlende gemeinsame finanzielle Engagement der Sieben zur Unterstützung der Reformen in der UdSSR und warnt: „Im Fall der Sowjetunion ist es eine Gefahr für die ganze Welt, wenn man Gorbatschow jetzt nicht zu Hilfe kommt in einem Moment, da er sich an der Spitze der KP behauptet, weil seine Gegner keine Alternativkandidaten aufzubieten haben.“

Dabei sieht „Die Zeit“ (Hamburg) in ihrem Kommentar durch-

aus eine weitreichende Skala von Handlungsmöglichkeiten: „Begleitet von Erfolgskontrollen, müßte sie Kredite für Konsumgüter und Investitionen ebenso umfassen wie eine drastische Kürzung der COCOM-Liste für den Hochtechnologieexport.“

Da die vor Jahresfrist gegen China verhängten Sanktionen in Houston nicht aufgehoben wurden, gab es auch in Peking Empörung. Die Nachrichtenagentur Hsinhua wertet die Abschlusserklärung als Zeichen dafür, daß die westlichen Industriestaaten daran festhalten, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen.

## Konflikt zwischen Polens Bauern und Regierung bleibt

Von KLAUS FRANKE, Warschau

Nach dem Grad der Beteiligung an der kürzlich den zweiwöchigen Straßenblockade war diese bislang machtvollste bäuerliche Protestaktion der jüngsten Zeit zweifellos ein Erfolg: Dem Aufbruch des Landesrates der „Solidarnosc“ der Einzelbauern folgend, hatten Landwirte in allen Woiwodschaften den Verkehr, darunter auf allen internationalen Straßen, lahmgelegt. Auffällig war die gute Organisation der Protestmaßnahme, aber auch die Entschlossenheit der am Rande der Verzweiflung stehenden Bauern.

Die Privatbauern verlangen von der Regierung Mazowiecki ein realistisches Landwirtschaftsprogramm, die Festlegung garantierter Mindestpreise für Haupt- und Nebenerzeugnisse wie Getreide, Raps und Hackfrüchte sowie angemessene Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel, also Subventionen aus dem Staatshaushalt, die viele Bauern vor dem sicheren Ruin bewahren sollen.

Die Regierung hat in den letzten Tagen eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die den Bauern in mehreren Fragen entgegen-

kommen, so bei der Festlegung relativ günstiger Kredite und bei den Stützungen für die Produktion von Mineraldüngern und Pflanzenschutzmitteln. Nach wie vor ablehnend ist aber der Regierungsstandpunkt gegenüber der Forderung nach garantierten Mindestkaufpreisen, weil damit dem Prinzip des freien Marktes zuwider gehandelt würde und höhere Lebensmittelpreise unausweichlich wären.

Die Führung der Bauernpartei PSL hat in einer Stellungnahme mit Beunruhigung konstatiert, daß „im freien und demokrati-

schon Polen die Berufsverbände der Bauern bei der Regierung der Republik kein Verständnis finden.“ Auch der Parlamentarische Klub der Demokratischen Linken hat sich besorgt über den Konflikt zwischen Bauernverbänden und Regierung geäußert. Einer Eskalation dieses Konflikts und seiner politischen Ausnutzung zum Schüren sozialer Spannungen müsse ein Ende gesetzt werden. Der Landesrat der Bauern-Solidarnosc will am heutigen Freitag möglicherweise noch weitergehende Protestschritte beschließen, falls die Hauptforderungen der Bauern weiter unerfüllt bleiben.

## Der ‚Mohr‘ aus Vietnam hat seine Schuldigkeit getan...

Von ULLA MASSOW

Haben Ausländer, die wir einst ins Land riefen und die jetzt wie viele ihrer DDR-Kollegen blaue Briefe erhalten, keinerlei Rechte? Mehr als 180 vietnamesische Arbeiter, die bislang gut genug waren, in der Lederfabrik Neustadt-Glewe im Schichtsystem Schwerarbeit zu leisten, fragten das am Donnerstag bei einer Zusammenkunft im Betrieb mit dem Schweriner Ausländerbeauftragten. Die Hälfte von ihnen muß ins Heimatland zurückreisen.

Bitter gewiß, aber das läßt sich auf Grund der ökonomischen Situation des Betriebes nicht umgehen. Nur: Die Kündigung erfolgte ab 18. Juni, ohne daß die laut Vereinbarung festgelegten Gremien einbezogen wurden. Das sind die Gruppenvertretung der vietnamesischen Kollegen, die Gewerkschaft, das Ministerium für Arbeit und die Botschaft. Im nachhinein allerdings erfolgte eine Bestätigung durch das Ministerium für Arbeit. Völlig auf sich

gestellt, fühlen sie sich verlassen, verraten. Betreuer haben sie seit Mai nicht mehr, sie wurden ungesetzlich in die Produktion veretzt.

Keiner weiß nun, wie die weite Fahrt nach Vietnam und das Gepäck bezahlt werden können. Ein Vertrag existiert zwar, der den Rückflug und die Übernahme der Kosten durch den Betrieb regelt. Doch das ist breit auslegbar... Vo Giao als Sprecher forderte deshalb, eine eigene Interessenvertretung zu bilden, die bei der Geschäftsleitung des Betriebes ihre Vorstellungen und Wünsche unterbreitet. Ein Rechtsanwalt hat ebenfalls Unterstützung zugesagt. Und im PDS-Kreisvorstand Ludwigslust haben die vietnamesischen Arbeiter auch Verbündete. Der Schweriner Ausländerbeauftragte Robert Werner rief darüber hinaus, bei der Regierung Klage einzureichen.

## UdSSR: Bergarbeiterstreiks beendet — neue angekündigt

Moskau (ADN/ND). An den Streikaktionen der sowjetischen Kohlekumpel haben sich die Belegschaften von 278 der insgesamt 655 kohlefördernden Betriebe beteiligt. Darüber informierte Ministerpräsident Nikolai Ryschkow am Donnerstag auf dem 28. Parteitag der KPdSU, 230 Betriebe seien in einen 24stündigen Ausstand getreten, während in den übrigen die Arbeit zwischen zwei und zwölf Stunden geruht hat. Am aktivsten seien die Bergarbeiter im Donezbecken, im Kusnezker Revier und im Petschora-Becken gewesen, wo neben der Einstellung der Kohleförderung Kundgebungen veranstaltet worden seien. Laut TASS habe allein der Streik im Kusnezker Revier Produktionsverluste im Wert von 4,6 Millionen Rubel verursacht.

Ryschkow teilte mit, daß es Streiks und Kundgebungen auch im Gebiet Sachalin, in der Region Primorje, im Gebiet Magadan und in der Region Chabarowsk sowie in der Jakutischen ASSR, in Wolynien, Lwow, Ki-

rowgrad sowie in den Gebieten Perm, Tula und Tscheljabinsk gegeben habe. Der Regierungschef erklärte, daß die Streiks Donnerstag morgen in allen Kohlerevieren des Landes beendet worden seien. Es sei jedoch verfrüht, irgendwelche Schlußfolgerungen zu ziehen.

Ryschkow verwies darauf, daß die Manifestationen in den Streikgebieten weitgehend „regierungs- und parteifeindlichen Charakter“ gehabt hätten. Dabei sei es jedoch nicht zu extremistischen Ausschreitungen gekommen.

Vierorts seien weitere Streikaktionen im Gespräch. So kursiere ein Vorschlag, die Arbeit schon am kommenden Montag erneut niederzulegen.

Ryschkow ließ indes nicht erkennen, was er den Forderungen der Bergarbeiter entgegenzusetzen gedachte und in welcher Form auf die weitestgehende Forderung der Streikenden — Rücktritt der Regierung — reagiert werden soll.

## Ärztliche Gutachten zu Honecker und anderen

Berlin (ADN). Seit Anfang der Woche liegen der Generalstaatsanwaltschaft die medizinischen Gutachten zu ehemaligen DDR-Spitzenpolitikern vor. Wie der Sprecher des Gremiums, Dieter Plath, am Donnerstag erklärte, werden darin Vernehmungs-, Verhandlungs- und Haftfähigkeit von Erich Honecker, Günther Mittag, Erich Mielke, Hermann Axen, Willi Stoph, Harry Tisch, Werner Krollikowski und Gerald Götting durch eine unabhängige Ärztekommision beurteilt. Nach Plath sind „alle Akten nach dem ersten Eindruck sehr aussagekräftig“. Nähere Informationen wollte der Sprecher nicht geben.

## Arbeitsministerium zu Rentenbescheiden

Berlin (ADN). Die Rentenbescheide enthalten nur die von der Sozialversicherung gezahlten Renten. Darauf hat das Ministerium für Arbeit und Soziales hingewiesen. Rentenleistungen, die nicht von der Sozialversicherung ausgezahlt werden, das betrifft alle zusätzlichen Versicherungen (zum Beispiel Altersversorgung der technischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz, Pädagogen usw.), werden in unveränderter Höhe weitergezahlt.

Den Rentnern wird empfohlen, sich an Hand der Kontoauszüge über die Korrektheit der Rentenzahlung zu informieren. Erreicht die Gesamtheit der Renten- und Versorgungsleistungen nicht den Betrag von 495 DM, sollten die Betroffenen umgehend bei der zuständigen Verwaltung der Sozialversicherung die Nachzahlung des Sozialzuschlages beantragen.

## Überseehafen Rostock verordnet Kurzarbeit

Rostock (ND-Jordan). Zur Kurzarbeit in den meisten Bereichen wird ab 16. Juli die Seehafen-AG Rostock übergeben. Davon werden 3200 Arbeiter und Angestellte bis zum 8. August 1990 betroffen sein. Die bis zum 30. Juni geltende Pflicht, 90 Prozent des Gewinns an den Staat abzuführen, und die am 1. Juli erfolgte Halbierung betrieblicher Fonds sowie die stark reduzierten Einnahmen machten diese Maßnahmen erforderlich, erklärte der Vorstand der Seehafen-AG. Mit Wirkung vom 1. August soll es bereits Entlassungen geben.

## Ab 18. Juli aktuelle Preisberichte

Berlin (ADN). Aktuelle Markt- und Preisberichte für DDR-Agrarerzeugnisse mit Vergleichszahlen aus der Bundesrepublik können ab 18. Juli freitags für die Vorwoche über die Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft Ost, Schönhauser Allee 167 c, Berlin, 1058, bezogen werden. Sie sind zum monatlichen Bezugspreis von 10,- DM bestellbar.

## 500-Millionen-Kredit für Landwirtschaft

Berlin (ADN). Die Filialen der Genossenschaftsbank Berlin und die Raiffeisenbanken der DDR reichen landwirtschaftlichen Betrieben Kredite in einer Gesamthöhe von 500 Millionen DM aus. Wie der Vorstandsvorsitzende der Bank, Gerd Beck, mitteilte, seien diese Kredite ein Vorgriff auf den Haushalt, sicheren Lohnzahlungen und dringenden erforderliche Ausgaben, ersetzen jedoch keinesfalls Konzepte der Betriebe für den Übergang zur Marktwirtschaft. Beck stellt damit eine Information des Volkskammerausschusses richtig, in der irrtümlich von 800 Millionen DM die Rede war.

## Viett und Lotze an die BRD ausgeliefert

Berlin (ADN/ND). Die als mutmaßliche Mitglieder der Rote Armee Fraktion (RAF) in der DDR inhaftierten Inge Viett und Werner Lotze sind am Donnerstagvormittag in die Bundesrepublik überstellt worden. Wie der Pressesprecher des DDR-Generalstaatsanwaltes, Dieter Plath, informierte, ist Inge Viett gegen ihren Willen den Gerichtsbehörden in Karlsruhe übergeben worden. Laut dpa hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs den gegen Inge Viett bestehenden Haftbefehl bereits in Vollzug gesetzt.

## Benzinpreise im Raum Berlin gesenkt

Berlin (ADN). Die Minol AG hat mit sofortiger Wirkung die Benzinpreise im Raum Berlin weiter gesenkt. Wie Olaf Wagner von der Minol-Geschäftsleitung mitteilte, gelten an diesen Tankstellen folgende Preise je Liter: Normalbenzin (88 Oktan/verbleit) 1,06 DM, Extra-Benzin (92 Oktan/bleifrei) 1,12 DM, Super (VK 98/verbleit) 1,27 DM, Super (bleifrei) 1,17 DM und Dieselpetrost 0,96 DM. Wagner machte darauf aufmerksam, daß es in anderen

Teilen der DDR zu Preisabweichungen kommen kann. Grundlage der Berechnung seien die Raffinerieabgabepreise der DDR-Lieferwerke. Unterschiede gebe es auch im Lager- und Transportaufwand sowie durch das schwankende Preisniveau der Mineralöl-gesellschaften der BRD und Westberlins.

## Junge BRD-Bürger gegen schnelle Wahlen

Bonn (ADN). Die übergroße Mehrheit junger BRD-Bürger ist für die Vereinigung beider deutscher Staaten. Nach einer vom Target Press Verlag (Kronberg) in Auftrag gegebenen Studie für ein Jugendmagazin sprachen sich 93 Prozent von 2212 Befragten mit einem Durchschnittsalter von rund 24 Jahren für die Einheit aus. 76 Prozent nannten aber als Bedingung, daß erst ein positiver Volksentscheid vorliegen müsse. 65 Prozent wandten sich gegen gesamtdeutsche Wahlen anstelle der Bundestagswahl am 2. Dezember.

Eine Gleichstellung von Schul- und Hochschulabschlüssen der DDR mit westdeutschen Institutionen lehnten 70 Prozent der Befragten ab.

## Moissejew: Austritt Litauens gefährdet Verteidigungsfähigkeit

Moskau (ADN). Die Hauptfrage beim Austritt Litauens aus der Sowjetunion bestehe darin, welche Position Litauen hinsichtlich des Schutzes seines eigenen Territoriums bezieht und ob die Sowjetunion über eine Garantie bezüglich der Sicherheit ihrer Grenzen im Nordwesten verfügt. Das erklärte der Chef des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte, Armeegeneral Michail Moissejew.

Nach Auffassung von General Moissejew kommt Litauen als Grenz- und Küstenrepublik der Sowjetunion eine wichtige Rolle im Verteidigungssystem des Landes zu. Im Falle des Austritts Litauens aus der Union verringere sich in bedeutendem Maße die Verteidigungsfähigkeit des Landes in dieser Region.

## Keine Anklage gegen Lafontaine-Attentäterin

Köln (ADN). Gegen die Lafontaine-Attentäterin Adelheid Streidl wird keine Anklage erhoben. Wie ein Sprecher der Kölner Staatsanwaltschaft am Donnerstag mitteilte, sei die derzeit in der Landesklinteilung untergebrachte Attentäterin nach dem psychiatrischen Gutachten zur Tatzeit schuldunfähig gewesen. Es sei vorgesehen, die 42jährige Frau auf Dauer in einer geschlossenen Anstalt unterzubringen.

Adelheid Streidl hatte am 25. April den SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine während einer Wahlkampfanstaltung in Köln mit einem Messerstück in den Hals lebensgefährlich verletzt.

## Mord aus Hinterhalt in Nagorny Karabach

Moskau (ADN). Eine Gruppe armenischer Nationalisten hat am Mittwochmittag in Nagorny Karabach aus einem Hinterhalt heraus 23 Menschen erschossen und 24 verletzt. Bei dem Zwischenfall in der Nähe des Dorfes Atak-Dann wurden ein Offizier und ein Soldat aus der Begleitmannschaft eines Fahrzeugkonvois getötet. Eine Frau verstarb im Krankenhaus an ihren Verletzungen.

## Kosovos Albaner leben in Angst

Belgrad (ADN). Der ehemalige Vorsitzende des Exekutivrates Kosovos, Jusuf Zejnullahu, hat in einem offenen Brief an den jugoslawischen Premier darauf verwiesen, daß „nach dem gewaltsamen und nicht verfassungsmäßigen Abbruch der Arbeit des Gebietsparlaments in Kosovo die Lage sehr kompliziert geworden ist“. Die Freiheit der albanischen Massen in dieser zu Serbien gehörenden autonomen Provinz sei „praktisch aufgehoben“. Bürger albanischer Nationalität seien durch die jüngsten Maßnahmen Serbiens „enormen Einschränkungen, Verboten, Polizeidruck und Demütigungen ausgesetzt“. Nach den Worten des ehemaligen Regierungschefs Kosovos werde damit „systematisch eine physische Angst der Albaner durch Aggressionen und Drohungen geschaffen“.

## 13 Ariane-Starts bis Ende 1991 geplant

Paris (ADN). Nach einer fünfmonatigen Zwangspause wegen des Absturzes einer Träger-Rakete im Februar plant die westeuropäische Raumfahrtgesellschaft Arianeespace die Wiederaufnahme der Satellitentransporte für die Nacht zum 25. Juli. Bis Ende 1991 seien 13 Starts von insgesamt 24 Satelliten geplant, erklärte ein Sprecher der Gesellschaft in Paris.

Arianeespace liegen noch unerledigte Aufträge zum Start von 39 Satelliten im Wert von 16,8 Milliarden Franc vor.